

Prävention statt Intervention: ein Lernprozess

Im Alltag kennen wir die Weisheit von der „Heilsamkeit des Schocks“. Gemeint ist, dass manchmal ein dramatisches Schadenserlebnis, wie zum Beispiel eine schwere Krankheit, einen Lernprozess auslöst, der zu einer Änderung von Verhaltensweisen führen kann. Im Idealfall lässt sich auf diese Weise eine Wiederholung des Schockerlebnisses vermeiden.

Auch in der Politik gibt es solche Lernprozesse, ausgelöst durch dramatische Ereignisse. Man kann etwa die europäische Nachkriegsgeschichte so lesen: Die beiden furchtbaren Weltkriege des 20. Jahrhunderts, die ihren Ursprung in europäischen Rivalitäten und Feindseligkeiten hatten, fanden im Prozess der europäischen Integration eine späte, aber wirksame Antwort. Heute gilt eine kriegerische Auseinandersetzung innerhalb der Europäischen Union als schlicht nicht mehr vorstellbar.

Jüngerem Datums ist ein Schock, dessen ganzes Ausmaß im Verlaufe des Kosovo-Kriegs von 1999 sichtbar wurde. Die europäische Politik zeigte sich nach den epochalen Ereignissen zwischen 1989 und 1991, mit der Auflösung von Sowjetunion und Warschauer Pakt sowie mit der deutschen Wiedervereinigung, außerstande, vier blutige Kriege im Zuge der ebenfalls vorstatten gehenden Auflösung der Jugoslawischen Föderation zu verhindern. In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts kehrte der Krieg nach Europa zurück und entblößte die Schwächen der EU, die bei der Befriedung des Balkans auf amerikanische Hilfe zurückgreifen musste.

Der Schock des Kosovo-Krieges prallte in besonderer Weise auf das Selbstverständnis der Sozialdemokraten. Nach 16 harten Oppositionsjahren konnte die SPD im Herbst 1998 zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen die Regierungsverantwortung übernehmen. Doch

noch bevor der Regierungswechsel überhaupt vollzogen war, musste Mitte Oktober 1998 entschieden werden, ob sich Rot/Grün einem Ultimatum der NATO an die Adresse von Präsident Milosevic anschließen sollte oder nicht. Ein Nein hätte massive Zweifel an der Bündnistreue und der Verlässlichkeit der neuen SPD-geführten Bundesregierung ausgelöst, mit unabsehbaren politischen Folgen. So kam es nach intensiven, aber letztendlich gescheiterten Verhandlungen im Frühjahr 1999 zum Kosovo-Krieg.

Anfänge der EU-Außenpolitik

Aber nun reagierte das schockierte Europa endlich. Bei den Europäischen Räten des Jahres 1999 in Köln und Helsinki wurden wichtige Weichen gestellt. Innerhalb von vier Jahren, zwischen 1999 und 2003, gewann die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) der EU zunehmend an Kontur und bekam mit Javier Solana als Generalsekretär und Hohem Repräsentanten auch ein Gesicht und die erforderlichen Instrumente. Das ehrgeizige Ziel von Helsinki (Headline Goals), sich innerhalb kurzer Frist militärische, aber auch vielseitige zivile Fähigkeiten für Friedensmissionen zu verschaffen, wurde erreicht. Als im Frühjahr 2001 in Mazedonien ein Bürgerkrieg auf dem Balkan drohte, – es wäre der fünfte blutige Krieg auf dem Balkan innerhalb eines Jahrzehnts gewesen – konnte die europäische Politik mit Solana an der Spitze erfolgreich vermitteln: Das am 13. August 2001 in Ohrid unterzeichnete Rahmenabkommen gilt bis heute als Grundlage des innermazedonischen Aussöhnungsprozesses.

Die wichtigste Kosovo-Lehre entsprang aber einem Vergleich. Es fiel ja ins Auge, welche Unterschiede es da gab: Die Staaten Ost- und Südosteuropas, die eine Beitrittsoption für die Europäische Union hatten, lösten ihre Grenz-, Nachbarschafts- und Minderheitenprobleme und wetteiferten in einem staunenswerten Reform- und Transformationsprozess bei der möglichst raschen Erfüllung der

„Kopenhagener Kriterien“ – um dem nationalen Ziel des EU-Beitritts näher zu kommen. Von dieser heilsamen Wirkung der EU-Beitrittsperspektive war bei den südosteuropäischen Ländern ohne dieses Angebot nichts zu spüren – im Gegenteil: Dort brachen die ererbten ethnischen und nationalen Spannungen und Konflikte in blutigen Auseinandersetzungen auf.

Es war die rot-grüne Bundesregierung, die als erste hieraus die logische Konsequenz zog. Außenminister Joschka Fischer brachte noch in den letzten Wochen des Kosovo-Krieges die Idee eines „Stabilitätspakts für Südosteuropa“ auf den Weg, der vor allem jede Form von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in dieser krisengeschüttelten Region fördern und prämiieren sollte. Bald mehrten sich die Stimmen, die für eine Ausweitung der Beitrittsperspektive auf die Westbalkanstaaten (Serbien-Montenegro, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien) eintraten. Der Europäische Rat von Thessaloniki beschloss im Juni 2003 eine entsprechende Zusage, die seitdem mit dem „Stabilisierungs- und Assoziierungs-Prozess“ (SAP) und den dazugehörigen „Stabilisierungs- und Assoziierungs-Abkommen“ (SAA) als Vorbeitrittsstrategie umgesetzt wird.

Von da an betonen Sozialdemokraten den friedenspolitischen Hintergrund der EU-Perspektive für die Westbalkanregion. Das ist ein Prozess des Gebens und Nehmens: Erst wenn die Länder verantwortungsvoll mit Minderheiten umgehen, die Flüchtlingsrückkehr unterstützen, die Reform- und Transformationsprozesse erfolgreich vorantreiben und konstruktiv mit dem Internationalen Jugoslawientribunal in Den Haag zusammenarbeiten, kommen sie bei den SAA/SAP-Programmen voran. Heute steht Kroatien schon seit Dezember 2005 in EU-Beitrittsverhandlungen, Mazedonien erhielt den Status eines Beitrittskandidaten, vorerst noch ohne Verhandlungen, und die anderen mittlerweile fünf Westbalkanländer (mit dem im Mai 2006 selbstständig gewordenen Montenegro und dem auf seinen künftigen Status wartenden Kosovo) befinden sich an unterschiedlichen Stellen des SAP. Bei allen aber motiviert die EU-

Beitrittsperspektive zu einer aktiven Friedens-, Aussöhnungs- und Stabilisierungspolitik.

Das ist der Grund, weshalb die SPD bei der Bildung der Großen Koalition im Herbst 2005 auf einer Bestätigung der EU-Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten bestanden hat – ohne zu übersehen, dass angesichts der EU-Verfassungskrise, der noch nicht vollständig erfolgreichen Verarbeitung des riesigen Erweiterungsschritts mit 10 neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004, des eher steinigen Weges zum Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 und angesichts von unübersehbaren Zeichen einer so genannten „Enlargement Fatigue“ dieser Kurs nicht sehr populär ist und beständig erläutert werden muss. Wir sind aber nach wie vor davon überzeugt, dass die Verhältnisse in der Balkanregion nur dann auf Dauer stabilisiert werden können, wenn die EU bei ihrem 2003 beschlossenen Kurs der offenen Tür für diese Länder bleibt.

Instrumente sozialdemokratischer Friedenspolitik

Während die EU quasi als „lessons learned“ nach dem Kosovo-Krieg ernst gemacht hat mit einer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik, hat die rot-grüne Bundesregierung ihre siebenjährige Regierungszeit genutzt, um eigene Akzente bei der Entwicklung von Konzepten und Instrumenten zu einer präventiven Friedenspolitik zu setzen. Das begann bereits 1999 mit der Benennung von Beauftragten für Krisenprävention im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die nächsten Schritte waren der Aufbau des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) und des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). Beide Einrichtungen bilden Fachleute aus, die benötigt werden, um die neuen Friedensmissionen der EU und anderer Organisationen mit dem nötigen Fachpersonal ausstatten zu können. Am 12. Mai 2004 hat dann die SPD-geführte Bundesregierung den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet, der eine Zusammenstellung von 161 Maßnahmen aus ganz unterschiedlichen

Ministerien enthält und damit den Ansatz eines politischen Gesamtkonzepts Prävention unterstreicht. Mit der Bildung des „Ressortkreises Zivile Krisenprävention“, einem Kreis von Fachleuten aus relevanten Ministerien, und des „Beirats für zivile Krisenprävention“ ist es gelungen, nicht nur die verschiedenen Politikfelder der Bundesregierung zusammenzuführen, sondern zugleich auch die Kompetenzen und Kenntnisse aus der Zivilgesellschaft, aus der Friedensbewegung und aus der Friedensforschung für diese Arbeit zu mobilisieren.

Der „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ist keine rot-grüne Episode geblieben. Die Große Koalition hat ihn im November 2005 in ihr Regierungsprogramm übernommen und seine Umsetzung angekündigt. Zum Abschluss einer ersten Implementierungsphase hat das Bundeskabinett am 31. Mai 2006 einen 103 Seiten umfassenden Bericht zur krisenpräventiven Politik der Bundesregierung verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet. Weitere Umsetzungsphasen sind vorgesehen. Für konkrete Vorhaben des Ressortkreises hat zum Beispiel das Bundesverteidigungsministerium für die Jahre 2006 bis 2008 zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Der Aktionsplan und seine schrittweise Umsetzung muss auch als deutscher Beitrag zur Implementierung der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ vom 12. Dezember 2003 verstanden werden. Unter dem programmatischen Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ summiert dieses für die EU-Länder verbindliche Rahmendokument die europäischen Erfahrungen und Entwicklungen von 1999 bis 2003. Die EU bekennt sich in ihrer Sicherheitsstrategie zum Völkerrecht und zur Führungsrolle der Vereinten Nationen, sie setzt bei Interessengegensätzen auf Verhandlungslösungen und friedliche Streitbeilegung, sie unterstreicht die Bedeutung einer vorausschauenden Friedenspolitik auf der Grundlage präventiver Strategien und zeigt deutliche Zurückhaltung bei der Frage des Einsatzes von militärischen Mitteln, die sie lediglich als allerletzte Option ins Auge fasst. Der strikt multilaterale Ansatz fällt ebenso auf wie das umfassende Verständnis von

Prävention: Nicht weniger als eine gerechte Weltordnung, die einen zu großen Unterschied zwischen reichen und armen Ländern ebenso vermeidet wie die Marginalisierung und Demütigung von Menschen in bestimmten Regionen, soll neben der unvermeidlichen Repression gegen Attentäter zum wichtigsten Mittel im Kampf gegen den globalen Netzwerk-Terrorismus werden.

Der Abbau von Protektionismus und Subventionen zulasten des Südens, Entwicklungszusammenarbeit und Engagement für die Umsetzung der Millenniumsziele – all das sind im Verständnis der Europäer Programmpunkte für eine Strategie der globalen Prävention. Das Entstehungsjahr 2003 mit seiner zeitlichen Nähe zum Irakkrieg hat dazu geführt, dass viele Beobachter die Europäische Sicherheitsstrategie mit der „National Security Strategy“ der Vereinigten Staaten, datiert auf den 12. September 2002, verglichen und als europäische Antwort auf die Politik von Präsident Bush verstanden.

Seit 1999 ist also einiges passiert, was die internationale Handlungsfähigkeit der EU angeht: Die Ausdehnung der EU-Erweiterungspolitik hat wesentlich dazu beigetragen, die Kriegslogik in der Balkanregion auszutrocknen, militärische und zivile Fähigkeiten wurden geschaffen und ausgebaut, und mit der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ wurden verbindliche politische Prinzipien formuliert, die der GASP/ESVP ein unverwechselbares Gesicht geben. Es dauerte nicht lange, bis diese neuen Fähigkeiten auch abgerufen wurden. Ende 2006 zählen wir 13 verschiedene ESVP-Missionen weltweit, davon 10 zivile, zwei militärische und eine gemischte. Bei den zivilen Operationen stehen drei Polizei- und drei Grenzschutzmissionen im Vordergrund. Die Einsatzorte sind auf verschiedene Kontinente verteilt: von Kosovo und Bosnien über Moldawien und Georgien bis nach Kinshasa, Indonesien und den Irak. Für längere Zeit hat die EU mit der Operation Althea in Bosnien - Herzegowina auch die militärische Absicherung des dort voranschreitenden Nationsbildungsprozesses übernommen, während die „EUFOR RD Congo“ nur kurzfristig die kongolesischen Wahlen gegen

potentielle Störer schützen sollte. Wenn ab 2007 die EU-Battle Groups voll einsatzfähig sind, von denen im halbjährlichen Wechsel je zwei Einheiten à 1500 Mann auch für sehr kurzfristige Einsätze zur Verfügung stehen sollen, dann dürften die Rufe nach einer europäischen Hilfe in Krisen- und Konfliktsituationen noch häufiger werden. Die Fakten belegen jedenfalls, dass die europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit ihrer auf Prävention und vorausschauender Friedenspolitik aufbauenden Strategie und den geschaffenen Missionsfähigkeiten auf viel Zustimmung, Vertrauen und Nachfrage stößt.

Das Engagement der SPD

Das, was sich in der EU entwickelt hat, entspricht vollkommen sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und hat deshalb auch die aktive Unterstützung der SPD auf allen Ebenen erfahren. Das gilt in besonderer Weise für die „Europäische Sicherheitsstrategie“. In ihren sieben Regierungsjahren hat die rot-grüne Bundesregierung nicht nur bewiesen, dass Deutschland die inhaltliche Ausrichtung einer solchen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik akzeptiert, sondern hat das eigene Land zu einem der engagiertesten Aktivisten bei der Umsetzung dieser Sicherheitsstrategie gemacht. Um das zu belegen, seien einige ausgewählte Punkte exemplarisch aufgeführt:

- Vereinte Nationen als wichtigste Weltorganisation: Die Bundesrepublik setzt das Prinzip „Die UNO stärken“ kontinuierlich um, auch als drittgrößter Beitragszahler mit einem Anteil von 8,62 % für alle UN-Programme. Die deutschen Pflichtbeiträge für die Vereinten Nationen sind seit 1999 von 173,19 Mio. Euro auf 460,17 Mio. Euro im Jahr 2005 angewachsen. Die UN-Rolle bei präventiven und friedenskonsolidierenden Aufgaben drückt sich deutlich im Aufwuchs des Peacekeeping-Haushalts aus: Der stieg von 2,366 Mrd. Dollar im Jahr 2002/2003 auf die Rekordsumme von 5,23 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 2006/2007, wobei 4 Mrd. Dollar allein in Afrika investiert werden müssen.

- Effektiver Multilateralismus: Deutschland folgt dieser Richtungsentscheidung der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ durch sein Engagement bei den genannten EU-ESVP-Missionen, durch eine aktive, im Jahr etwa 4 Mio. Euro kostende Unterstützung bei den 18 präventiven OSZE-Feldmissionen (7 auf dem Balkan, 3 in Osteuropa, 3 im Kaukasus und 5 in Zentralasien) und durch die sehr umfangreiche Beteiligung an den NATO-Friedenskonsolidierungsprogrammen in Afghanistan und im Kosovo, bei denen mehr als 6.000 der etwa 8.750 im Ausland eingesetzten Bundeswehrsoldaten ihren Dienst tun.
- Vorrangige Konfliktlösung durch Verhandlungen: Seit 2003 bemüht sich die deutsche Diplomatie zusammen mit Frankreich und Großbritannien um eine Verhandlungslösung bei der Frage der iranischen Nuklear-Politik mit dem Ziel, über einen Vertrag mit großzügigen Kooperationsangeboten den Weg für eine lückenlose Überprüfung der verborgengehaltenen Teheraner Nuklearprogramme zu erreichen und auf diese Weise einen Ausgrenzungs- und Eskalationsmechanismus (wie er etwa im Vorfeld des Irak-Krieges stattfand) zu vermeiden.
- Globale Prävention über eine „Bessere-Welt-Politik“: In Deutschland werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die „Millennium Development Goals“ vom September 2000 mit ihren acht Hauptzielen von der Halbierung der extremen Armut über den Schutz von Kindern und Müttern bis zur Bekämpfung von AIDS und anderen Seuchen zu erreichen. Schwerpunkte bilden dabei Entschuldungsprogramme für die ärmsten Entwicklungsländer, die AIDS-Bekämpfung im südlichen Afrika und die kontinuierliche Anhebung der öffentlichen Entwicklungsleistungen, deren Quote (gemessen am Bruttonationalprodukt) in Deutschland 0,35 % für das Jahr 2006 erreicht und bis zum Jahr 2015 auf 0,7 % gesteigert werden soll.

Als Instrument globaler Prävention durch Entwicklung und über eine gerechtere Weltordnung steigen Ansehen und Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland, messbar am Aufwuchs des BMZ-Etats, während andere Einzelhaushalte gleichzeitig abgesenkt werden.

- Konzept der vorausschauenden Friedenspolitik und Prävention: Die deutschen nationalen Bemühungen von der Schaffung des zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze über den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ bis zu den verschiedenen Phasen zu seiner konkreten Umsetzung wurden bereits detailliert behandelt.

Für die SPD war es ein wichtiges, ja unverzichtbares Anliegen, diese werte- und überzeugungsgebundene internationale Politik auch in der Großen Koalition nach dem Jahr 2005 fortzusetzen. „Richtschnur europäischen sicherheitspolitischen Handelns ist für uns die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003“ – so steht es im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 und öffnet damit den Weg für eine verlässliche Kontinuität, die durch die Personalkonstellation der neuen Bundesregierung zusätzlich garantiert wird: Mit Frank-Walter Steinmeier als neuem Hausherrn am Werderschen Markt stellt die SPD nicht nur erstmals wieder nach 40 Jahren als Nachfolger von Willy Brandt (1966-1969) den Außenminister, sondern sie wahrt die Chance, diese konzeptionelle Kongruenz von sozialdemokratischem Internationalismus und der aus aktuellen Lernprozessen entstandenen neuen europäischen Sicherheitspolitik zu festigen und kreativ weiterzuentwickeln.

Kontinuität in der Großen Koalition

Dass diese Chance konkret besteht, zeigen die Planungen der Bundesregierung für die Doppelpräsidentschaft in EU und G8 im Jahr 2007. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich vorgenommen, im Rahmen der regionalen Schwerpunkte drei Aufgaben in den Vordergrund zu stellen: Mit der Russischen Föderation soll an einer Fortsetzung des "Partnerschafts- und Kooperationsabkommens" (PKA) gearbeitet werden, das nach 10jähriger Laufzeit im November 2007 ausläuft. Die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP), sofern sie sich an östliche Nachbarn wie Ukraine, Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan richtet, soll aufgewertet und attraktiver gemacht werden. Und eine neue EU-Zentralasien-Strategie soll sich mit einem partnerschaftlichen, bewusst auf Machtprojektion verzichtenden Ansatz an eine Region wenden, die aus fünf ehemaligen Sowjetrepubliken besteht (Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan) und die wegen ihrer bedeutenden Energieressourcen und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung (Nähe zu Afghanistan, Gefährdungen durch Extremismus und Islamismus, grenzüberschreitender Drogen-, Waffen- und Menschenhandel) weltweit eine wachsende Aufmerksamkeit erfährt.

Gelingt es, bei diesen drei Aufgaben zu konkreten Ergebnissen zu kommen, könnte man tatsächlich von einer "Neuen Ostpolitik" der EU sprechen. Entscheidend ist aber, dass bei der Planung und Vorbereitung dieser Schwerpunkte all die europäischen Lernerfahrungen seit 1999 sichtbar werden: Es geht darum, die stimulierende Attraktivität der EU für stabilisierende Transformationsanstöße zu nutzen (bei dem Programm der "ENP+"), den Mehrwert von grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu demonstrieren und ein klassisches regionales Präventionskonzept mit neuen Partnerländern zu konzipieren (bei der Zentralasien-Strategie) und mit einem ebenso bedeutenden wie komplizierten strategischen Partner unter dem Leitmotiv "Annäherung durch Verflechtung" mehr Partnerschaft und Verlässlichkeit über bewusst forcierte gegenseitige Abhängigkeit anzustreben (PKA-Arbeit mit Russland). Punkt für Punkt lässt sich bei

diesem Programm die Treue zur politischen Philosophie der "Europäischen Sicherheitsstrategie" nachweisen.

Das gilt auch für die übrigen Vorhaben im Rahmen der deutschen Doppelpräsidentschaft. Das wird offenkundig, wenn sich sowohl die Gipfelereignisse von EU und G8 mit der konkreten Umsetzung der bereits beschlossenen Afrika-Strategie beschäftigen sollen, aber auch, wenn als Fortsetzung des großen Themas "Energieversorgungssicherheit" des G8-Gipfels in Sankt Petersburg vom Juli 2006 im Frühjahr 2007 die EU erneut das Thema Energie zur Debatte stellt, diesmal aber mit den Schwerpunkten Energieeffizienz, Forschung und Entwicklung sowie Erneuerbare Energien. Gerade die SPD, die in der Bundesregierung auch den Umwelt- und Energieminister stellt, bleibt bei ihrer Überzeugung, dass die konsequente Nutzung von Energieeinsparpotentialen und der Renewables die beste Antwort auf das weltweite Wettrennen um die beste Sicherung von Energieressourcen und damit eine aktive Politik der Konfliktprävention darstellt. Der Präventionsbezug dieser Programmpläne wird noch deutlicher, wenn es Deutschland gelingt, beim Energiethema die Brücke zur globalen Klimapolitik zu schlagen und 2007 schon erste Vorentscheidungen zu dem ab 2012 anstehenden Post-Kyoto-Prozess zu treffen. Dazu passt sehr gut, dass der G8-Gipfel in Heiligendamm in besonderer Weise das Themenfeld Globalisierung und Weltwirtschaft aufnehmen will. Angestrebt wird ein kritischer Dialog gerade mit jenen aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien, die ihren Zugang zu Rohstoff- und Energielieferanten ohne besondere Rücksicht auf die jeweilige politische Kultur dieser Partnerländer organisieren. Eine gute Gelegenheit, auf die Notwendigkeit gemeinsamer globaler Präventionspolitik hinzuweisen und für sie zu werben.

Der internationale Teil der deutschen Präsidentschaften von 2007 kann mit seinen Programmen durchaus einen Einfluss auf die globale Politik entfalten, einen Einfluss, der den europäischen Erfahrungen der letzten acht Jahre ebenso entspricht wie den sozialdemokratischen Vorstellungen von einer Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts. Wenn man Politik als

Ergebnis von Lernprozessen beschreibt, schwingt immer die Hoffnung mit, dass sich niemand diesen Lernprozessen gänzlich entziehen kann. Nur Ignoranten können die Risiken einer Politik übersehen, die eher auf Intervention als Prävention setzt. Wo in den letzten Jahren Konflikte wegen des Versagens der Prävention am Ende ohne bewaffnete Interventionen nicht mehr lösbar erschienen, entstanden sehr kostspielige, unabsehbar lang dauernde und mit allen denkbaren Risiken behaftete Verpflichtungen. So war es in Bosnien nach Dayton (ab 1995), im Kosovo nach dem Krieg gegen Milosevic (ab 1999), in Afghanistan nach der Beseitigung des Taliban-Regimes (ab 2001) und im Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein (ab 2003). In allen diesen Post-Interventions-Situationen ist eine tragfähige politische Dauerlösung und damit die Chance auf eine baldige Verantwortungsrückverlagerung (Ownership) – wenn überhaupt - nur unter großen Mühen durchzusetzen. Die Belastungen für die Weltgemeinschaft addieren sich bis in gefährliche Dimensionen. Wer die Perspektiven eines strukturellen "Overstretching" anspricht, meint damit regelmäßig die Dauerfolgen von Präventionsversagen. Aus solchen Lernerfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen, stellt eine Herausforderung für die ganze Weltgemeinschaft dar. Dass solche Lernprozesse in Deutschland und Europa stattfinden und dass sie zu sehr konkreten politikgestaltenden Folgerungen führen, entfaltet eine ermutigende Wirkung und es erweitert die Zustimmung zu einer werte- und prinzipiengeleiteten internationalen Politik, die zur guten Tradition deutscher Sozialdemokratie gehört.

Gernot Erler, Historiker und Verlagsleiter, MdB (Freiburg) seit 1987, 1994-1998 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, 1998-2005 Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zuständig für Internationale Politik, seit November 2005 Staatsminister im Auswärtigen Amt.